

Staat der Arbeiter in den Betrieben, wo die Vereinbarungen durchgeföhrt sind, ist groß. Der Chemiker Strassenbahnerfrei, der noch vor dieser Vereinbarung erfolgte, und von der Gewerkschaftsbürokratie mit Hilfe des faschistischen Vollgelichters auf das schändlichste niedergedrückt wurde, zeigt am besten die Empörung der Gemeindeführer. Schamlos heißt die Bürokratie feil:

„Die Mitglieder des Gesamtverbandes haben damit einen Lohnausfall (bei 4 Stunden Arbeitszeitverlängerung. Die Red.) bis zu 8% Prozent auf sich genommen. . . . Selber haben eine Anzahl Vorteile die ihnen gegebenen Möglichkeiten, durch Arbeitszeitverlängerung das Heer der Erwerbslosen zu verringern, nicht beachtet und als Antwort auf die dargebotene Hand der Arbeitnehmer die Kündigung der Lohn-tarife zum Zwecke der Lohnsenkung — wie in einzelnen Fällen ausdrücklich betont wird — ausgesprochen.“

Hier liegt der Haken im Pfeffer. Die sozialfaschistische Bürokratie wollte durch den Abbau der Löhne bis zu 10% Prozent auf dem Umwege der Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich damit erreichen, daß die Unternehmer die Tarife nicht kündigen. Diesen Beitrag der Bürokratie an der Gemeindeführerschaft hat der Unternehmerverband voll und ganz ausgenützt.

Zu den 10% Prozent Lohnabbau kommt jetzt noch ein Abbau der Löhne durch den geübten Schiedspruch für die faschistischen Gemeindeführer von 6 Prozent.

Das sind bei voller Ausnützung der Vereinbarung rund 23 Prozent Lohnabbau. Am Schluß des Artikels in der Gewerkschaftszeitung heißt es:

„Die Gemeindeführer waren bereit, durch die Verfüzung der Arbeitszeit freiwillige Lohnsenkungen auf sich zu nehmen, die durchaus die Höhe erreichten, ja zum Teil übersteigen, die andere Verufe im gegenwärtigen Augenblick auf Grund von Schiedsprüchen über sich ergehen lassen müssen. Sie waren dazu bereit unter der Voraussetzung, daß damit erwerbslosen Arbeitgebern Arbeitsmöglichkeiten gegeben werden. Sie erklärten dagegen heute schon, daß sie sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Lohnsenkung zur Wehr setzen werden. Sie halten es für unerträglich, vorerst Lohn-senkungen vorzunehmen, um dann noch im weiteren nächsten Arbeitszeitverlängerungen auf sich zu nehmen.“

„Also „freiwillig“ haben die Gemeindeführer Lohnsenkungen unter der Voraussetzung, daß damit die Erwerbslosen Arbeitsmöglichkeiten erhalten, auf sich genommen. So viel Worte — so viel Schwindel! Die Gewerkschaftsbürokratie hat hier das schändlichste Spiel mit der Arbeiterkraft getrieben. Sie selbst gibt zu, daß keine Erwerbslosen eingestellt worden sind.“

Um so offensichtlicher sind ihre Worte Lügen, wenn sie schreiben, daß sie sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Lohnsenkung zur Wehr setzen wird.

Die Lohnbewegungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß die sozialfaschistische Bürokratie zu jedem Verbrechen an der Arbeiterkraft bereit ist. Daß sie nicht nur die Löhne der Arbeiterkraft in unrunder Harmonie mit den Unternehmern senkt, sondern daß sie jede Forderung der Arbeiterkraft gegen Lohnraub mit Hilfe der Machtmittel des kapitalistischen Staatsapparates unterdrückt, den Streikbruch organisiert und sich offen auf die Seite des Klassen-Feindes stellt hat.

Die Unternehmer fordern eine Verfüzung der Kaufkraft des ägyptischen Lohnabbauvertrages von sechs auf drei Monate.

Mit dieser Forderung wollen sie in kurzer Zeit einen zweiten Lohnabbau durchführen. Das Beispiel der Lohnbewegung in der schlesischen Weichholglasindustrie ist dafür treffend. Hier wurde im Monat November ein Schiedspruch mit unheimlicher Kaufkraft für verbindlich erklärt, der den Glasarbeitern den Lohn um drei Prozent kürzt. Die Gewerkschaftsbürokratie hat alle Mittel angewandt, daß sich die Glasarbeiter diesem verbindlich erklärten Schiedspruch unterordnen. Jetzt ist im Januar ein neuer Schiedspruch geföhrt worden, der einen Abbau der Löhne im Durchschnitt von 12-15 Prozent, ja in einzelnen Fällen bis 20 Prozent vorsieht. Auch dieser Schiedspruch ist von der faschistischen Brüning-Regierung für verbindlich erklärt worden. Die Bürokratie des Arbeiterverbandes hat eine Weiterführung des Kampfes über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches hinaus mit Erfolg verhindert. Kein Wort anders wird es bei den Gemeindeführern werden. Ja, der Lohnraub wird noch größer. Dazu kommt noch, daß

gerade die Arbeiter in den kommunalen Betrieben unterhöria Abgaben an Versicherungsbeiträgen, Nebelohnen usw. zu zahlen

haben. Fast eine Woche im Monat muß der Gemeindeführer für soziale Abgaben, die ihm vom Lohn abgezogen werden, arbeiten. Durch unerhörten Lohnraub an den Arbeitern in den kommunalen Betrieben will die faschistische Brüning-Regierung im Einverständnis mit der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie die hantierten Gemeinden vor dem Zusammenbruch „retten“. So wie sich der Druck der Unternehmer in den privaten Betrieben auf die Arbeiterkraft vergrößert, so vergrößert sich in noch schlimmerer Weise der Druck der Gemeindeführerschaft auf die Arbeiter in den kommunalen Betrieben.

Für die Gemeindeführer gibt es nur einen Weg, der gegangen werden muß, und das ist der Weg des Kampfes unter Führung der NSD.

Nach die sozialdemokratischen Arbeiter, die zum Teil bis heute noch in der Gewerkschaftsbürokratie ihre Interessenvertretung und Führung gesehen haben, müssen ihre Augen öffnen und erkennen, daß unter dieser Führung die Arbeiterkraft immer tiefer in das Elend gestürzt und dem Faschismus ausgeliefert wird. Die Herstellung einer wirklich kämpfenden Einheitsfront aller Arbeiter in den Betrieben unter revolutionärer Führung wird zu einer unbedingten Notwendigkeit.

Jetzt gilt es, in den Gemeindeführerschaften in einer breiten Front den Streik gegen den Lohnraub zu organisieren und anzuschließen. Die NSD-Betriebsgruppen müssen die Initiative ergreifen und sich an die Spitze der Bewegung stellen. Die NSD und die Partei müssen den Kampf der Gemeindeführerschaft zu einer Massenbewegung der gesamten Arbeiterkraft machen. In den Gemeindeführerschaften haben die NSD-Funktionen die Aufgabe, den schärfsten Kampf gegen den Lohnraub an den Gemeindeführern anzuschließen. Alle Kräfte in dem Dienst dieser Bewegung zu stellen, führt die Gewerkschaften aller Arbeiter in den Betrieben gegen den Raub ihrer Löhne.

Heute Donnerstag haben erneut Verhandlungen vor den zentralen Tarifkommissionen statt, die zu keinem anderen Ergebnis führen werden, als die der Oberbörgermeister. Der faschistische Schlichter der sozialfaschistischen Bürokratie die einzige

### Staatsanwalt Hartmann, herhören!

# Go antworten Heidenauer Proleten der faschistischen Machejustiz

## Überfüllte Versammlung im Deutschen Haus / 102 neue Mitglieder für die Rote Hilfe und 12 für den Kampfband gegen den Faschismus

Heidenau, den 29. Januar.  
Als Antwort auf den faschistischen Machegreiff gegen die 14 Arbeiter von Heidenau land gestern im Deutschen Haus eine überfüllte Versammlung statt, in der Genosse Bogel, lang von der NSD und die beiden Hauptangestammten, Genossen Pfeiffer und Müller, sprachen.  
Immer wieder wurden die Redner von stürmischen Empörungsrufen und Beifallsfundgebungen unterbrochen. Mit un-

gebrochener Entzückung wurde die infame Prozeßführung gegen die Arbeiter zum Kenntnis genommen. Dabei doch die Heidenauer Arbeiter selbst erlebt, daß in Wirklichkeit die braune Mordbrut aus Dresden bemüht in Heidenau die blutige Schlägerei vorzubereiten, um diese Arbeitergemeinde durch Terror zu erobern.

102 Neuannahmen für die Rote Hilfe und 12 für den Kampfband gegen den Faschismus

war die Antwort der Heidenauer Arbeiter an den Staatsanwalt Hartmann, der sich bemüht, an den Arbeitern keine Klassen-tatsache mit faschistischem Justizterror zu fühlen. Weiterhohel Sonnabend findet wieder eine Versammlung in Heidenau statt, in der Rechtsanwalt Genosse Dr. Wolf beim der Verteilung der 14 Heidenauer Arbeiter, über den Prozeß

### Textilarbeiter rüflet zum Kampf!

Am Montag, 2. Februar, soll der Lohnraub an den schlesischen Textilarbeitern entweder durch Schiedspruch oder durch freiwillige Vereinbarung abgeschlossen werden. Bis zu 40 Prozent Lohnabbau verlangen die schlesischen Textilarbeiter. Ferner sollen alle besonderen Zuschläge für die qualifizierten Arbeiter in Wegfall kommen. Die Parte Eregerung, die unter den Textilarbeitern herrscht, muß in eine Kampffront geleitet werden. Noch haben die Textilarbeiter sich keinen revolutionären Vertrauensmänner, keine vorbereitenden Kampfausschüsse geschaffen. Das muß sofort nachgeholt werden. Keinen Pfennig Lohnraub ist die Forderung der Textilarbeiter!

Darum sofortige Stellungnahme im Betrieb und auf der Grundlage des Kampfprogramms der NSD den Kampf organisiert, die Betriebe freitretend gemacht und die einheitliche, geschlossene Kampffront gegen Lohnraub geschlossen!

### Überfall auf Parteischule

Gotha, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Das kommunistische Kinderheim Mops in Egersburg, in dem zur Zeit ein Kursus für Parteifunktionäre unter Leitung des preussischen Landtagsabgeordneten Hubertus abgehalten wird, ist am Dienstag von der Polizei durchsucht worden. Wegen des Verdachtes der Vorbereitung kommunistischer Handlungen wurden die Personen aller 40 Kursusteilnehmer festgehalten. Unterrichtsmaterial wurde beschlagnahmt. Die Polizei hatte das Kinderheim bereits vor einigen Tagen durchsucht und dabei Lehrmaterial beschlagnahmt. Ein Arbeiter, gegen den Haftbefehl wegen Landfriedensbruch vorliegt, wurde festgenommen.

# Organisatorischer Bankrott der NSDAP

## Ganze 6815 Mitglieder in Groß-Berlin / Geldquellen in den Tresors der Millionäre

Berlin, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Die heutige rote Fahne ist in der Lage, genaue Mitgliederzahlen der nationalsozialistischen Sturmabteilungen wie auch der nationalsozialistischen Partei Berlin an Hand von allernützigen Listen zu enthüllen. Die genaue Aufstellung ergibt folgendes Stützpunktsverhältnis der Organisationen am 1. November 1930: Sturmabteilungen 2288 Mitglieder, Partei 4548 Mitglieder, zusammen 6815 Mitglieder. Die rote Fahne schreibt dazu u. a.:

„Das sind die Kader des nationalsozialistischen Faschismus in Berlin. Suche Worte, kleine Organisation! Das ist auf eine Formel gebracht die ganze Politik Goebbels. Goebbels ist nicht nur politisch bankrott, er ist auch organisatorisch bankrott. Wie stellen die Frage: Wer bezahlt ihren politischen Apparat? Wer die Automobile, deren sich die verdienstlosen sogenannten Führer bedienen? Wer bezahlt die teuren Versammlungslokale? Mit den Mitgliederbeiträgen der rund 7000 Mitglieder kann das nicht bestritten werden. Aber man weiß es, woher die Gelder kommen. Aus den Tresors der Hauskapitalisten, der Millionäre.“  
Die rote Fahne betont die Notwendigkeit der Überzeugung der ideologischen Auseinandersetzungen der in der nationalsozialistischen Partei befindlichen Proleten, um sie für die rote Klassenfront zu gewinnen und schließlich: „Zaubert das rote Berlin von den Kaders des Faschismus, von den nationalsozialistischen Sturmtruppen der Unternehmerorganisationen!“

abend fortgesetzt. An den Verhandlungen nahmen teil Vertreter aller Metallarbeitergewerkschaften mit dem Deutschen Metallarbeiterverband an der Spitze. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führt im rheinisch-westfälischen Gebiet eine große Aufführungskampagne über den Sinn dieses Vorstoßes der Vereinigten Einheitsfront als die Vorbereitung einer neuen Lohnabbauwelle in ganz Deutschland durch. Die Parole der NSD ist: Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

### Unter der Kritik der Massen

### Zu den Ereignissen in Radeberg

Radeberg, 29. Januar.  
In zwei fortgesetzten Versammlungen im Schulhaus und im Saal des Deutschen Hauses nahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen Radebergs gestern Abend zu dem Kampf gegen den Faschismus Stellung. Von den in dem preussischen Kampfprogramm vertretenen Organisationen sprach je ein Redner. Der „Ante“ Fabian sprach vom „schlichten Kampf gegen den Faschismus“ und betonte wiederholt, daß er Pazifist ist und die Gewaltanwendung nicht will. Auch sein Parteifreund Heinz konnte außer einigen pazifistischen Phrasen, und daß man nur mit verfassungsmäßigen Mitteln gegen die Faschistenmörder kämpfen

### Statt Kinderbeihilfen — Kaserne

Berlin, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Selbst in einem Teil der bürgerlichen Presse wird es etwas Staub auf, daß der Etat des Reichswehrministeriums wieder erheblich erhöht worden ist. Während die letzte Million, die im vorjährigen Etat noch für Kinderbeihilfen eingeplant war, in diesem Jahre völlig gestrichen wurde, findet man im diesjährigen Etat des Reichswehrministeriums einen Posten von 1,8 Millionen Mark für den Neubau einer Kaserne. Dabei handelt es sich nur um die erste Rate für diese Kaserne, so daß also die Kosten dafür weit höher sein werden.

werde, nichts sagen. Der Kenogot Ritsch entwarf hierauf eine infame Rede gegen die NSD und erklärte sich mit den sozialdemokratischen Rednern vollständig einverstanden. So wenig wie die Fabian und Heinz, will er einen Kampf, denn wörtlich erklärte er: „Mit der Verfassung und den Gesetzen werden wir uns im Kampf gegen die faschistischen Rechte verhalten.“  
Gen. Herz vertrat hierauf das in der Versammlung am Tage vorher angenommene Kampfprogramm und forderte ein wirkliches Einheitskomitee zum Kampf gegen den Faschismus, das sich aus „wirklichen Vertretern der Betriebe, der Gewerkschaften usw. zusammensetzt.“

### Sturm gegen Kolonialgrenel

Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)  
Gestern Abend kam es während der Vorführung des Jugendfilms „Brita spricht“ im Ufa-Palast am Kolonnenplatz zu stürmischen Protestkundgebungen der Kinobesucher. Ein Regier protestierte laut gegen die Stelle des Films, wo einer seiner afrikanischen Leidensgenossen von Löwen zerfleischt wird. Viele Zuschauer stimmten in die Protestrufe des Regiers ein.

Die Ausführungen des Genossen Herz tiefen Fabian noch einmal auf den Plan, der in Ermangelung einer sachlichen Antwort sich die Schwächen und Fehler einiger örtlicher kommunistischer Genossen zunutze machte, die, statt um ein Kampfkomitee auf revolutionärer Grundlage zu kämpfen, zu Kompromissen an die Spitze der revolutionären Einheitsfront sich bereit fanden. Der Genosse Jwider als Vertreter der Bezirksleitung der NSD erklärte die Zustimmung der NSD-Genossen zu dem von Fabian vorgelegten Protokoll als einen schweren politischen Fehler und vertrat mit aller Schärfe das Kampfprogramm der NSD.

### Der Vorstoß gegen die Hüttenarbeiter

Berlin, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Die Verhandlungen in Duisburg unter dem Vorstoß des Oberbürgermeisters Dr. Jaxers über den schamlosen Vorstoß der Reichsregierung, die Löhne in der Hütte Kultort-Weidach um 20 Prozent herabzusetzen, werden am Sonntag

Januar, Einheitsfront gegen die Faschisten, Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern, aber nicht mit den durch ihre Taten den Faschismus unterstützenden SPD-Führern

Fortsetzung des Kongreßberichts morgen)

Genesung, Weis, Genesung u. a. Wenn das Kampfkomitee sich nicht zusammensetzt aus den Vertretern der Betriebe, wenn es sich das Kampfprogramm des Kampfkomitees gegen den Faschismus nicht zu eigen macht, dann ist dieses Kampfkomitee nichts anderes als ein Diskussionsklub einiger Parteifunktionäre, die sich über die Frage Faschismus und schlichten Kampf unterhalten.  
Der stürmische Vorstoß, der den Ausführungen unserer Genossen folgte, zeigt, daß die Radeberger Arbeiter erkennen, daß der von unierem Redner vorgeschlagene Weg der einzig gangbare ist. Wilm Schneider (NSD) und Widner (SPD) mußten von der Fortsetzung der Rede gegen die NSD Abstand nehmen und stimmten die üblichen Einheitskomitees an. Oben über den Antrag des Genossen Herz abstimmen zu lassen, ist Fabian die Verlammlung.

(Zu den schäweren opportunistischen Entgegnungen einiger Genossen der Radeberger Parteiführung, die, wenn auch ungewollt, zu Bundesgenossen von Verärrern wurden, werden mit morgen ausführlich Stellung nehmen. Die Red.)

# Werkstätige, heraus gegen Pfändenschacher und Korruption im Dresdner Rathaus

## Heute Donnerstag, den 29. Januar 1931, 20 Uhr, im Keglerheim, Friedrichstraße / Erscheint in Massen!